

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Postzeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Warnungszeichen

In anderer Stelle dieses Blattes ist über zwei Vorgänge aus der gewerkschaftlichen Praxis berichtet, die einer besonderen Hervorhebung und Unterstreichung wert sind. Deshalb, weil sie sich als eine eindringliche Warnung an die Adresse der Unorganisierten darstellen.

In Südbayern weigerten sich einige Unternehmer, die zuständigen Tariflöhne zu zahlen. Angeblicher Grund: Man habe zu festen Preisen kalkuliert und könne also die während der Bauzeit eingetretenen Lohnerhöhungen nicht tragen. Unsere Kollegen waren aber nicht gesonnen, auf ihr Recht zu verzichten. Da gütliche Vorstellungen nichts halfen, erhoben sie durch ihren Bezirksleiter Klage beim Gewerbeamt. Dieses erkannte den Anspruch der Geschädigten in vollem Umfange als berechtigt an. So weit hat der Vorgang nichts Außergewöhnliches an sich. Eine überraschende Wendung trat ein, als es an die Erfüllung des Urteils ging. Einer der verurteilten Unternehmer verlangte nämlich Voreinlegung der Verhandlsbücher. Warum auch nicht? Tarifliche Vereinbarungen werden von Organisation zu Organisation geschlossen und gelten folglich nur für die Organisationsangehörigen. Die „Bücherkontrolle“ fand also statt. Und siehe da, der einschlägige Rechtspruch betraf nun auf einmal eine sehr verschiedenartige Auswirkung: Wer für die ganze in Frage kommende Zeit seine Mitgliedschaft im Verbands nachweisen konnte, erhielt die volle Nachzahlung; wer später beigetreten war, einen entsprechend gekürzten Betrag. Waren Unorganisierte vorhanden gewesen, sie wären zweifellos leer ausgegangen. Zur Höhe der Nachzahlung bemerkt der Berichtsbatter, daß die betreffenden Kollegen davon für ein bis zwei Jahre die Verbandsbeiträge zahlen können. Wohlgerührt, nur von der Nachzahlung. Die Fortwirkung dieser sowie etwa eintretende weitere Lohnerhöhungen können die Kollegen als gewerkschaftlichen Reingewinn buchen.

Der zweite nicht weniger bedeutungsvolle Vorgang ereignete sich im Unterverseher-Gewerbe. Dort wie anderwärts sind die Tiefbauarbeiter größtenteils der Organisation untreu geworden. Warum auch Beiträge zahlen? Der Segen bezüglich vereinbarter Lohnerhöhungen ergoß sich ja über Gerechte und Ungerechte, will jagen über Organisierte und Unorganisierte. Hier schien wirklich einmal bewiesen, daß der Verbandsbeitrag hinausgeworfenes Geld ist. Aber es schien nur so. Bei der vorletzten Lohnverhandlung weigerten sich die Bauarbeiterverbände, weiter für das Tiefbaugewerbe die Löhne mitzuzuregulieren. Den Tiefbauunternehmern, die feste Unterlagen für ihre Kalkulationen brauchen, war das gar nicht recht, und sie widersprachen energig, so energig, daß daran die Verhandlung scheiterte. Aber es kam bald eine neue zustande. Und nun trat ein, was die „schlaunen“ Beitragszahler wahrscheinlich niemals für möglich gehalten hatten: Eine Vereinbarung mit anschließenden Lohnerhöhungen kam zustande, aber nur für die Arbeiter des Hochbaugewerbes; die Tiefbauarbeiter gingen leer aus, wurden in der Regelung gar nicht mehr genannt.

Exempel der letzteren Art dürften demnächst mehr statuiert werden. Die Zeiten sind vorbei, wo die Gewerkschaften im Interesse der Organisierten darauf bestehen mußten, daß tarifliche Abmachungen für alle zu gelten hatten. Es ist nur eine Maßnahme berechtigter Selbstschußes, wenn sie es künftig abschließen werden, für Orte, in denen es Organisierte nicht oder nur in geringer Zahl gibt, noch tarifliche Regelungen zu treffen. Jedenfalls, die Unorganisierten sind gewarnt.

### Der Führerberuf in der Gewerkschaft

Das „Neue Leben“, das Organ der christlichen Gewerkschaften für die deutsch-vordringenden Arbeiter in Belgien, veröffentlicht nachstehende interessante Betrachtung, die auch von unseren Mitgliedern mit Nutzen gelesen werden dürfte.

Menschen sind wir alle. Auch die Gewerkschaftsführer. Das Unmögliche können auch die Gewerkschaftsführer nicht möglich machen. Nicht alle Gewerkschaftler begreifen diese Dingenwahrheit. Gewerkschaftsarbeit ist Schwerarbeit, Geduldsarbeit. Auch dafür fehlt vielen Gewerkschaftlern das nötige Verständnis, besonders je enger sie sich selbst an der praktischen Gewerkschaftsarbeit nicht beteiligen. Allerdings, die Kritik ist leicht, aber das Bessermachen schwer.

Ein Teil der Gewerkschaftler lebt in dem Wahne, daß ihnen das Gute stets von selbst in den Schoß falle und das Schlechte hauptsächlich von der Gewerkschaft und ihren Führern heraufbeschworen werde. Besonders die letzteren werden allezeit verdächtig, wenn nicht alles

nach Wunsch der Interessenten geht. Das ist eine recht üble Erfahrungstatsache, die keinem Gewerkschaftsführer unbekannt ist. Darum möchten wir einmal Veranlassung nehmen, unsere Meinung über den Führerberuf in der Gewerkschaft darzulegen. Freilich, nicht jeder, der sich Gewerkschaftsführer nennt, ist ein solcher. An einen Gewerkschaftsführer werden in unserer Zeit in jeder Beziehung die höchsten Anforderungen gestellt. Wer diesen Aufgaben gewachsen ist, hat den Befähigungsnachweis zum Gewerkschaftsführer erbracht. Der wirkliche Führer wächst heraus aus dem Stände der Aufwärtstrebenden. Führer können nur wachsen, nicht aber kann man sie mit Wissen und Können auf Schulen oder Kursen züchten, machen. Der Führer muß den unwürdlichen Glauben haben, daß das Gute über das Böse siegen wird, vor allem im Reiche der Volkseele. Denn in Gottes Welt geht keine Kraft, am wenigsten eine sittliche Kraft, verloren. Wer zum Führer erwacht, darf nicht von seinem Lebenskreise fortstreben, um, wie man sagt, etwas Besseres zu werden. Damit würde er entwurzelt aus dem Mutterboden. Ein solcher Führer hat seinen Beruf verfehlt. Der innerlich beruene Führer sucht sein höchstes Ziel darin, Freund, Berater, Vertreter und Erzieher seiner Gefolgschaft zu sein. Je größer und zahlreicher die Erfolge sind, die er erzielt, desto glücklicher ist er. Er füllt als ganzer Mann seinen Platz aus, stets darauf bedacht, keine Forderungen und kein Anliegen, die ihm vorgetragen werden, unbeachtet zu lassen. Die Not der anderen wird ihm stets zu neuer Arbeit anspornen. Der gewissenhafte Gewerkschaftsführer tut stets mehr als seine Pflicht. Darum ist es auch im höchsten Maße ungerade, daß manche Gewerkschaftler immer sofort von „Verrat der Führer“ reden, wenn einmal etwas anders geht, als man gewollt und geglaubt hat.

Das Verhältnis des Führers zu den Mitgliedern muß sich auf Vertrauen und gegenseitiger Treue aufbauen. Der fluge und treue Führer wird immer bestrebt sein, auftretende Gegensätze in gerechter Weise auszugleichen und das Wohl aller zu fördern. Wer den Beruf zum Führer hat, arbeitet auch nach Möglichkeit an seiner eigenen Aus- und Fortbildung. Er wird kein Spielbürger und „Gewerkschaftsbonze“. Mancher einer, der zum Führer bestellt wurde, ist mit der Zeit „verjumpt“, er war nicht zum Führer berufen. Gewerkschaftsführer werden oft nicht schwer, aber Gewerkschaftsführer sein gar sehr. Geduld muß der Führer mit seinen eigenen Schwächen, aber noch mehr mit den Schwächen seiner Gefolgschaft haben, die ihm das Leben oft so schwer macht.

Die richtige Einstellung des Gewerkschaftsführers setzt tiefes Verantwortlichkeitsgefühl und Demut voraus. Wer sich einmal als Führer auf die Bahn drängen läßt, nur so zu reden und zu handeln, wie es die Masse will, der wird bald vom Führer zum Sklaven einer Masse werden. Statt die Masse zu sich emporzuheben, sinkt er zu ihr hinab. Er ist kein Führer mehr, sondern ein von der Masse geschobener Schwächling. Die Gefolgschaft wird vor ihm weniger Achtung und Respekt haben, wie vor einem aufrechten Führer, der den Mut aufbringt, die Wahrheit zu sagen, selbst wenn sie mitunter einmal nicht gerne gehört wird.

Der ehrliche Gewerkschaftsführer wird in den Versammlungen nicht den „wilden Mann“ spielen und hinter den Kulissen tiefe Verheugungen machen, sondern stets eine gradlinige und sachliche Gewerkschaftsarbeit treiben.

Die Aufgabenstellung ergibt sich von selbst. Man darf nicht blindlings dem ersten besten Schreier zustimmen. Gerade solchen Elementen, die sich durch Wortadulterium in den Vordergrund drängen, muß man mit doppelter Vorsicht begegnen, ehe man ihnen Vertrauen schenkt und Ämter überträgt. Den bewährten verantwortungsbewußten Führern muß das nötige Vertrauen entgegengebracht werden. Damit soll gesagt sein, daß der Führerberuf das Recht eingeräumt werden muß, auch Dinge auszusprechen, die unangenehm sind. Wenn sich auf Grund besserer Kenntnis der Zusammenhänge und Notwendigkeiten die Führung genötigt sieht, Maßnahmen zu ergreifen, die nicht gleich allgemein verstanden werden, so darf das kein Anlaß sein, ihr das Vertrauen zu kündigen oder „nach allen Regeln der Kunst“ die Führung zu schimpfen. Vieles hätte in der Vergangenheit schon anders und besser gemacht werden können, wenn man verantwortungsvollen, weitblickigen und unparteiischen Führern mehr Gehör gekennt hätte. Der Weg, den die Gewerkschaftsführer jahraus, jahrein gehen müssen, ist mit Dornen besät. Ihre mühevollen und anstrengende Arbeit wird vielfach verkannt und unterschätzt. Das ist bedauerlich, aber wahr.

Es gibt leider immer noch viele gewohnheitsmäßige Stänker, die ständig auf der Lauer liegen und jede scheinbare oder tatsächliche Angriffsfläche bemerken, um den Führer mit Gift und Galle zu bespritzen. Es gibt Leute, die durch ihre Hege gegen die Führerschaft bemüht jede positive gewerkschaftliche Arbeit erschweren und lahmlegen wollen. Wir halten es für dringend nötig,

daß diese Wühlarbeit in unseren Reihen unmöglich gemacht wird.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Tätigkeit der Führer keiner Kritik unterzogen werden dürfe. Der wahre Führer wird sich gerne kontrollieren lassen und wird für jede Kritik dankbar sein. Aber man beherrsige folgendes:

„Das ist klare Kritik von der Welt, Wenn neben das, was ihm mißfällt, Einer was Eigenes, Besseres stellt.“

Darin liegt eben der entscheidende Unterschied, ob Kritik im freundlichen Geiste und in der Absicht, der Sache zu dienen, geübt wird, oder ob Gehässigkeit und Verblendung die Triebfedern sind.

Möchten daher alle Verbandskollegen, die guten Willens sind, sich immer vor Augen halten, daß ein gutes Einvernehmen zwischen Mitgliedschaft und Führerschaft eine unerläßliche Voraussetzung ist für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit.

### Der verbesserte Lebenshaltungsinde

Um 10,5% höher als der alte

Die Lebensindexziffer für die Lebenshaltungskosten, die nach der bisherigen Berechnungsart die Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung umfaßt, beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Februar auf 125,1. Im Vergleich zum Vormonat (124,0) ist eine Steigerung von 0,9 v. H. festzustellen.

Neben dieser Indexziffer ist für den Monat Februar nach eingehenden Beratungen mit der aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammengesetzten Indexkommission zum erstenmal eine neue, in ihren Grundzügen erweiterte Lebenshaltungsindezziffer berechnet worden. Hierbei sind außer den bisher berücksichtigten (elementaren) Lebensbedürfnissen noch die „Sonstigen Ausgaben“ eines Haushaltes, für Reinigung und Körperpflege, Bildung, Verkehr usw., in die Berechnung mit einbezogen worden, um einen Vergleich der Kosten für alle Aufwendungen, wie sie für den Indexberechnung zugrundegelegten Haushalte zurzeit angenommen werden können, mit der Vorkriegszeit zu erhalten. Ferner wurden im Zusammenhange damit die Berechnungsgrundlagen der Ernährungs- und Bekleidungskosten, die in der Zeit der Zwangswirtschaft und der Inflation aufgestellt worden waren und zum Teil den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr entsprachen, durch stärkere Berücksichtigung hochwertiger Qualitäten verbessert. Neben diesen methodischen Veränderungen wurden die für die Indexberechnung verwendeten Preise der Vorkriegszeit in allen Erhebungsarten einer eingehenden Nachprüfung unterzogen.

Die neue (erweiterte) Indexziffer stellt sich für den Durchschnitt des Monats Februar auf 135,6. Da diese Ziffer auf völlig veränderter Grundlage berechnet worden ist, kann sie mit den früheren Indexziffern nicht ohne weiteres verglichen werden. Bei Anwendung der neuen Berechnungsmethode auf den Vormonat ergibt sich für die Lebenshaltungskosten etwa die gleiche Steigerung wie nach der alten Methode.

Die Veröffentlichung der Lebensindexziffer für die Lebenshaltungskosten erfolgt von nun ab wieder wie früher nur einmal im Monat. Die wöchentliche Bekanntgabe, die zur Messung der sprunghaften Preisbewegung in der Inflationszeit eingeführt worden war, wird mit Rücksicht auf die nunmehrige größere Stetigkeit der Preisgestaltung wieder eingestellt.

Zu der neuen Berechnungsart des Lebenshaltungsinde werden von amtlicher Seite folgende Erläuterungen gegeben:

Die Lebensindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist in der Nachkriegszeit, im Winter 1919/20, geschaffen worden. Sie hatte vor allem die Aufgabe, die Preisbewegungen widerzuspiegeln, die sich aus der Inflation ergaben. In dem Maße, wie sich nach der Stabilisierung der Währung die Preisverhältnisse konsolidierten, machte sich das Bedürfnis nach einer Verfeinerung des Index geltend. Es war erforderlich, einen brauchbaren Vergleichsmaßstab mit dem Preisstand der Vorkriegszeit zu gewinnen. Das Interesse konzentrierte sich also immer mehr auf die absolute Höhe der Indexziffern, namentlich um die Höhe denen der Vorkriegszeit in ihrer Kaufkraft („Reallohn“) gegenüberstellen zu können. Für diesen Zweck war eine Indexziffer notwendig, die möglichst sämtliche Lebenshaltungskosten berücksichtigte. Es mußte demnach die Berechnungsgrundlage der Indexziffer, die bisher nur die wichtigsten Aufwendungen für die Lebenshaltung, nämlich: Ernährung, Wohnung, Sei-

zung, Befleckung und Bekleidung umfaßt, auch auf die sonstigen Aufwendungen eines Haushalts ausgehend werden.

Weiterhin war zu berücksichtigen, daß der für die „Normalfamilie“ angenommene Ernährungs- und Bekleidungsbedarf sich mit der Steigerung des allgemeinen Lebenshaltungsstandes nach der Währungsstabilisierung und dem Abbau der Zwangswirtschaft immer mehr von den tatsächlichen Verbrauchsverhältnissen entfernt habe. Es war deshalb notwendig, einerseits hochwertige Qualitäten für die Preisermittlung zugrunde zu legen, andererseits eine zeitgemäßere Umgestaltung der Ernährungsration vorzunehmen. Diese war zwar nach Kalorien von jeher ausreichend gewesen, wies aber einen zu geringen Eiweißgehalt auf. Durch Aufnahme einer größeren Menge von Fleisch- und Fettwaren, Eiern und Milch, dafür Verminderung der Brot- und Kartoffelration, war dies auszugleichen. Die Reform der Reichsindexziffer, die am Anfang März 1925 ihren Abschluß fand, erstreckt sich auf folgende Punkte:

Die Berechnungsgrundlagen der Lebenshaltungsindexziffer wurden über die bisher vorhandenen (elementaren) Bedarfsgruppen (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) hinaus durch Einbeziehen der Ausgaben für Verkehr und „Sonstiges“ erweitert.

Bei dieser letzteren Gruppe ergaben sich infolge der Verschiedenheit der Bedürfnisse besonders große Schwierigkeiten, eine nur einigermaßen zufriedenstellende Lösung zu finden. Man mußte sich darauf beschränken, durch Auswahl besonders charakteristischer Repräsentanten den allgemeinen Bedarf zu erfassen. So wurden ausgewählt für Körperpflege: Toilettenseife, Handtuch, Haarschneiden, Rasieren; für Reinigung: Waschseife, Soda, Stiefelwachs, Scheuertuch; für Bildung und Unterhaltung: Tageszeitung, Bücher, Bleistifte, Besuch eines Schauspielhauses.

Für Erfassung der Verkehrsausgaben wurde von einem festen Kaufkraftbetrag ausgegangen, von dem je ein Drittel die Ausgaben für Eisenbahn, Straßenbahn und Fahrrad repräsentieren.

Den Forderungen, auch Steuern und soziale Abgaben in die Indexberechnung einzubeziehen, konnte wegen methodischer Bedenken und technischer Schwierigkeiten nicht stattgegeben werden. Zum Zwecke der Reallohnberechnung besteht die Möglichkeit, die Steuer- und Versicherungsbeiträge vom Lohn abzusetzen und den Nettobetrag mit Hilfe der Lebenshaltungsindexziffer auf seine Kaufkraft umzurechnen.

Die bisherige Ernährungsration erfährt durch Neuaufnahme von Butter, Milch und einer Anzahl Genussmittel und Gewürze (Kaffee, Kakao, Salz), ferner durch Verdoppelung der Fleischmenge, Erhöhung der einbezogenen Anzahl Eier, Vermehrung der Milchration eine Erweiterung. Auf der anderen Seite wurden die bisher reichlich bemessenen Fertigtierzahlen für Brot und Kartoffeln herabgesetzt. Bessere Qualitäten wurden bei Brot, Fleisch und Käse durch Berücksichtigung von Weizenbrot, Hammelfleisch und Halbfettkäse erzielt. An Stelle von Roggenmehl trat Weizenmehl.

Im Vergleich zu den bisherigen Berechnungsgrundlagen bedeutet die Abänderung der Ernährungsration eine Zunahme des Nährwertes in Kalorien um etwa 2 Prozent, des Eiweißgehalts um fast 20 Prozent.

Die Erhebung der Bekleidungskosten wurde ebenfalls verbessert. Die Reform erfolgte in Zusammenarbeit mit den Sachverständigen des Bekleidungsgegenstandes durch Ausgabe neuer hochwertiger Stoffmuster für die Erhebungszwecke. Ferner ergab sich die Notwendigkeit, den durch die Mode bedingten Änderungen auch in den Zeichnungen der einzelnen Bekleidungsgegenstände Rechnung zu tragen.

Der auf neuer Grundlage errechnete Lebenshaltungsindex veranlaßt zu einigen wichtigen Feststellungen. Die sorgfältigere Erfassung des Bedarfs hat ergeben, daß das durchschnittliche Preisniveau für Waren des täglichen Bedarfs um 10,5 Prozent höher liegt, als sich nach der alten Berechnungsweise ergab. Dadurch werden die ganzen bisherigen Reallohnberechnungen über den Hausstand geworfen. Sie sind zum Schaden der Arbeitnehmer zu hoch gewesen. Diese jetzt amtlich erwiesene Tatsache ist für die künftige Lohnpolitik von außerordentlicher Bedeutung.

Andererseits geht aus den amtlichen Erläuterungen hervor, daß auch der neue, verbesserte Index nicht als ein tatsächliches Existenzminimum anzusehen ist. Wenn er die durchschnittliche Verteuerung der Lebenshaltung gegenüber dem Friedensstande mit 35,6 Prozent angibt, so lehrt die tägliche Erfahrung, daß das nicht stimmen kann. Hier sei nur auf eine Fehlerquelle hingewiesen. Wiederum ist nur die Miete für geheizte geschützte Wohnungen eingerechnet. Tausende Arbeiterfamilien, wobei namentlich an die jungen Ehepaare zu denken ist, wohnen aber in freien Wohnungen mit einer weit höheren als der gesetzlichen Miete, und außerdem haben sie häufig eine einmalige größere Zahlung leisten müssen. Ferner obliegt heute den meisten Haushaltungen die innere Instandhaltung der Wohnung (sog. Schönheitsreparaturen), die früher Sache der Hausbesitzer war. Es fehlen noch manche andere Voraussetzungen, um in der neuen Methode die Berechnung eines Existenzminimums zu sehen. Vielmehr kann und will auch die neue Indexziffer nichts weiter darstellen als einen Vergleichsmaßstab, einmal für den Preisstand der Vorkriegszeit, zum anderen für die Preisbewegung eines Zeitabschnitts. Es sind also, wie der Kol. Böhm im „Deutschen“ richtig bemerkt, „immer nur die prozentualen Vergleiche brauchbar, nicht etwa die absoluten Marktschiffen des zugrunde gelegten Lebenshaltungsaufwands.“

### facharbeitermangel im Baugewerbe?

In den letzten Wochen und Monaten wird die Stimmung in der Öffentlichkeit dahingehend beeinflusst, daß in diesem Jahre, besonders in Rheinland und Westfalen, eine gewaltige Bautätigkeit einsetze. Die Folgen einer solchen Stimmungsmache wirken sich bereits aus. Zunächst kann festgestellt werden, daß die Baukostenpreise, insbesondere für Steine, schon wesentlich erhöht sind. Sodann wird ein großer Facharbeitermangel befürchtet. Die berufenen Vermittlungsinstanzen (Arbeitsnachweise und Landesarbeitsämter) werden bereits mit Anträgen befüllt, der Heranziehung von ausländischen Facharbeitern stattzugeben.

Die Öffentlichkeit, insbesondere das bauende und wohnungsuchende Publikum, hat ein Interesse daran, klar zu sehen. Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Tatsache ist, daß zurzeit noch eine große Anzahl Facharbeiter im Rheinland arbeitslos ist. Nach Angabe des Landesarbeitsamtes waren Ende Januar in der Rheinprovinz 3863 arbeitslose Facharbeiter gemeldet und das trotz der günstigen Witterungsverhältnisse. Diese Zahl hat sich bis Ende Februar infolge Fertigstellung einer Reihe von Bauarbeiten noch vergrößert. Die Arbeitsnachweise erfassen einen Teil arbeitsloser Bauarbeiter nicht, und zwar in den ländlichen Bezirken, weil sie dort vielfach von dem Bezuge der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen sind und sich daher auch nicht erwerbslos melden. Nach den Berichten der Verwaltungsstellen unseres Verbandes waren Anfang März im rheinischen Bezirk (ausgeschlossen die Städte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes) noch rund 1000 Facharbeitermitglieder arbeitslos. Der Zimmererverband gibt noch 1751 Prozent arbeitslose Mitglieder

an. Der Bedarf an Facharbeitern im Baugewerbe wird zum größten Teil aus Leuten gedeckt, welche von auswärts zureisen. Als Abwanderungsgebiete kommen in der Hauptsache das Hessische, Rheinische, Sächsisch- und östliche Westfalen, sowie wechselläufig der Norden in Betracht. Ein Teil dieser Facharbeiter war in den Jahren der günstigen landwirtschaftlichen Verhältnisse nicht in die Fremde gewandert, sie sind aber jetzt fast restlos gezwungen, wieder auswärts Erwerb zu suchen und warten geradezu darauf, Arbeit zu erhalten.

Soweit die vorliegenden Bauvorhaben zu übersehen sind, handelt es sich in der Hauptsache um Wohnungsbauten. Große Industriebauvorhaben, die stets eine große Anzahl von Bauarbeitern benötigen, liegen fast keine vor.

Die Frage des Facharbeitermangels wird auch, soweit Zuwanderung in Betracht kommt, beeinflusst durch die Entlohnung. Liegt die Lohnhöhe, wie zurzeit in Rheinland und Westfalen, wesentlich unter der der Städte im übrigen Reich, so wird der Zug von Facharbeitern unterbunden. Es ist Aufgabe der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sich auf eine entsprechende Lohnpolitik einzustellen.

In diesem Zusammenhang wird häufig die Frage der Arbeitszeit angeschnitten. Die baugewerblichen Arbeiterorganisationen und anfänglich auch ein Teil der Arbeitgeberverbände waren in der Verhandlung am 20. Februar 1925 bereit, sich auf folgende Formel zu verständigen: Grundsätzlich bleibt der Achtstundentag bestehen. Doch sollen Ueberstunden auch dann geordert und geleistet werden dürfen, wenn ein zeitlich nicht behebbarer Mangel an Arbeitern die Einstellung weiterer Arbeitskräfte unmöglich macht, wodurch die Fertigstellung von Bauten, insbesondere Wohnungsbauten, verzögert würde. Für solche Ueberstunden ist die Zustimmung der örtlichen oder bezirklichen Organisationsvertreter erforderlich.

Hiermit ist dargetan, daß die Bauarbeiterorganisationen sich volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht verschließen. Leider scheiterte die vorgeschlagene Regelung am Widerstand der Arbeitgeberverbände.

Wichtig ist, die Bauausführungen nicht (wie es leider auch jetzt wieder vielfach geschieht) gleichzeitig zu beginnen. Bei den günstigen Witterungsverhältnissen hätte schon längst die Neubautätigkeit in vollen Gang gebracht werden müssen, was aber vielfach daran scheiterte, daß die Behörden mit der Zumdung von Bauzuschüssen aus Hauszinssteuer usw. zu lange zurück hielt, folglich auch die Bauherren (Wohnungsgenossenschaften usw.) ihre Aufträge nicht vergeben konnten. Th. Häuschen, Köln.

### Maßnahmen des preussischen Wohlfahrtsministers gegen den Bauarbeitermangel

Der Amtliche Preussische Pressedienst verbreitet folgende Notiz:

Schon während der Bauperiode des letzten Jahres hat sich an manchen Orten zeitweise ein Mangel an Bau- und Facharbeitern fühlbar gemacht, der sich voraussichtlich mit Eintritt einer gesteigerten Bautätigkeit im Frühjahr noch verstärken dürfte. Um den Nachwuchs im Baugewerbe, an dem es in den letzten Jahren, namentlich in den großen Städten, gefehlt hat, zu fördern, werden die in Betracht kommenden Verbände zu versuchen müssen, in enger Zusammenarbeit mit den Berufsberatungstellen, die Bereithaltung weiterer Lehrlingsstellen zu erreichen. Die Bemühungen haben sich weiter auch darauf zu erstrecken, die in andere Berufszweige abgewanderten Bauarbeiter in ihr eigentliches Handwerk zurückzuführen. Das wird um so leichter möglich sein, wenn es gelingt, für eine ausreichende Beschäftigung des Baugewerbes während des ganzen Jahres zu sorgen und die Bautätigkeit über die eigentliche Saison hinaus gleichmäßig auf die Dauer des Jahres zu verteilen. Damit würden übertriebene Spitzenbelastungen des Baumarktes, wie sie gelegentlich auftreten, vermieden, die tatsächlich vorhandenen

### Hoffnung

Und drüht der Winter noch so sehr  
Mit trostigen Gebärden,  
Und streut er Schnee und Eis umher:  
Es muß doch Frühling werden.  
Und drängen die Rebel noch so dicht  
Sich vor den Blick der Sonne:  
Sie wecket doch mit ihrem Licht  
Einmal die Welt zur Sonne.  
Doch nur, ihr Stürme, laßt mit Macht!  
Mir soll darob nicht bangen:  
Daf lehen Söhne in der Nacht  
Kommt doch der Lenz gegangen!  
Denn still! Und wie es frieren mag,  
O Herz, gib dich zufrieden:  
Es ist ein großer Reizentag  
Der ganzen Welt beschieden.  
Und wenn die oft auch bangt und gramt,  
Wo sei die Hül auf Erden:  
Nur verzagt auf Gott vertraut!  
Es muß doch Frühling werden!

E. a. Geibel

### Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

II

Was wirtschaftlich ist oder wirtschaftlicher wäre, läßt sich nicht nur abschätzen durch Vergleich mit anderen Verfahren, Betriebsarten und Verbrauchern im gleichen

rücken. So kann heute etwas wirtschaftlicher sein, als es gestern war und morgen schon kann der im Rückstand bleiben, der heute wirtschaftlicher als gestern war. Das lehrt: daß jeder, der den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit in die Tat umsetzen möchte, sehr aufpassen muß, daß ihm hierzu immer auch die geeignetsten Mittel bekannt werden. Durch eigene Versuche, Beobachtungen bei anderen und durch Lesen solcher Druckwerke, die sich mit wirtschaftlichen Fragen befassen, kann man zu den gewünschten Erkenntnissen kommen.

Es kann sich aber eine Einrichtung ganz gut lohnen und trotzdem kann sie unwirtschaftlich sein. Nehmen wir einmal an, Post und Eisenbahn würden mehr einnehmen, als sie zur Unterhaltung und Fortführung ihrer Betriebe brauchen. Wäre damit bewiesen, daß sie entsprechend dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit gehandelt hätten? Und ebenso: Wenn sie Zuschuß erforderten (also weniger eingenommen als ausgegeben hätten), wäre damit dargetan, daß sie unwirtschaftlich betrieben worden wären? Diese beiden Fragen deuten schon an, daß wirtschaftlich sein und Gewinn erzielen nicht dasselbe sind. So beispielsweise Post und Bahn so wirtschaftlich wie nur möglich sind, ist nicht aus ihren Einnahmen und Ausgaben (Ueberträgen oder Fehlbeiträgen) zu ersehen, sondern Vergleich mit Post und Eisenbahnen anderer Länder, anderer Gebiete, anderer Verwaltungsbezirke geben uns Maßstäbe zur Beurteilung ihrer Wirtschaftlichkeit. Sie geben uns aber nur Anhalte zum Vergleich, wollte man ganz Genanes über die Wirtschaftlichkeit ausfragen, dann müßten überall dieselben Bedingungen vorhanden sein (etwa: dieselben Maschinen, dieselben Stoffe, dieselben Anlagen, dieselben Menschen, dieselben wirtschaftlichen Verhältnisse). Im besten Falle also vergleichen wir ähnliche Dinge miteinander, und wenn sich die Ergebnisse dann auch ähneln, so ist damit noch nicht bewiesen, daß alle verglichenen Betriebe gleichmaßen wirtschaftlich waren. Wenn wir aber die Wirtschaftlichkeit genauer wissen wollen, dann müssen wir die Einzel-

heiten miteinander vergleichen; wir müssen prüfen, ob alle Einrichtungen der Betriebsbetriebe so sind, wie sie entsprechend der technischen, organisatorischen, arbeitsrechtlichen Erkenntnis möglich wären. Es ist da nötig, sich auch die Betriebsergebnisse anderer Unternehmungen (gewerbliche und händlerische) anzusehen. Auch daraus wird zu lernen sein. Ohne Vorurteil soll man beobachten und prüfen, suchen und anwenden. Aber immer soll man sich bewußt sein, was man beobachtet, geprüft, gesucht und angewandt hat. Inwiefern diese Dinge vergleichbar und im besonderen Fall anwendbar sind, ist immer die Frage. Mit oberflächlichen Antworten, ungenügenden Begründungen darf man sich nicht zufrieden geben. Wer wirtschaftlich sein möchte, muß sich immer von neuem umsehen, was Wissenschaft, Technik, Organisations- und Arbeitskunde an neuen Erkenntnissen liefern, die wirtschaftlich ausgewertet werden können.

So ist aus der jüngsten Zeit Henry Fords Leben und Werk für die Wirtschaftsführung und die Wirtschaftlichkeit sehr bemerkenswert. Alle (Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Gewerbetreibende, Händler und Verbraucher) können daraus lernen, wie man durch nachhaltiges Denken und Arbeiten zur größten Wirtschaftlichkeit kommt. Vor allem sollten wir uns alle (was auch immer im einzelnen gegen die Fordischen Ansichten gesagt werden kann) merken, daß es falsch ist, auf seinen Vorbeeren ausruhen zu wollen. Das einmal Erreichte mag wertvoll sein, wichtiger sind die Entwicklungsmöglichkeiten und der Fortschritt (das meinte Ford, als er schrieb: „Du sollst die Zukunft nicht fürchten, und die Vergangenheit nicht ehren. Wer die Zukunft den Misserfolg fürchtet, zieht seinen Wirkungskreis selbst Grenzen. Misserfolge bieten nur Gelegenheit, von neuem und klüger anzulangen. Ein ehelicher Misserfolg ist keine Schande, fürcht vor Misserfolgen dagegen ist eine Schande. Die Erregungsbereitschaft ist nur inwiefern nützlich, als sie uns Mittel und Wege der Entwicklung zeigt.“) Man

Arbeitskräfte besser ausgenutzt und die Arbeitnehmer fester an ihren gelernten Beruf gebunden. Auf Grund solcher Erwägungen hat der Minister für Volkswohlfahrt folgende Bestimmungen getroffen:

1. Bei dem mit öffentlichen Mitteln unterstützten Kleinwohnungsbau ist eine unnötige Zusammendrängung der Bauausführungen zu vermeiden. Deshalb sind die aus dem Hauszinssteueraufkommen allmählich fließenden Mittel zur Förderung der Neubautätigkeit (Hauszinssteuerhypotheken) je nach ihrem Aufkommen sofort in vollem Umfange und auf schnellstem Wege dem Baumarkt zuzuführen.

2. Die Baupolizeibehörden sind anzuweisen, Sanitätsbesetzungsarbeiten, die auf Grund baupolizeilicher Verfügungen vorzunehmen sind, tunlichst, nämlich soweit Gefahr nicht im Verzug ist und die baupolizeilichen Erwägungen es auch sonst zulassen, nicht während der Hauptbauzeit zu fordern.

3. Durch Verhandlung mit den Provinzen, Preisen und Gemeinden ist in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß Bauarbeiten jeder Art an ihren Gebäuden zweckmäßig über das ganze Jahr verteilt werden.

4. Die örtlichen Arbeitgeberverbände sind auf die Bereithaltung einer ausreichenden Zahl von Behringstellen und auf engstes Zusammenarbeiten mit den Berufsberatungsstellen nachdrücklich hinzuweisen.

### Berichtliche Herausholung des Tariflohnes

Im südlichen Teil des Bezirks München waren einige Unternehmer bei Bauarbeiten trotz sachlicher Belehrung nicht zu bewegen, den zuständigen Tariflohn zu zahlen. Sie hielten sich auf Grund ihrer Bauverträge, die noch auf den im Juni 1924 gültigen Lohnfuß aufgebaut waren, für berechtigt, unbekümmert um nachherige Abschlüsse den alten Lohn weiterzuzahlen. Man gab schließlich auch die moralische Berechtigung der Lohnhöhung zu. Um sich aber mit der Bauerschaft nicht zu verfeinden, machte man sich lieber der Vorkaufhaltung des zuständigen Lohnes schuldig. Durch das Gewerbegericht Rosenheim wurde dann den Firmen klargemacht, daß Tarifverträge für Mitglieder von Arbeitgeberverbänden gelten, auch wenn man persönlich nicht daran mitgewirkt hat. Diese rechtliche Wirkung ergibt sich aus dem § 1 der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918. Einer anderen Firma wurde klargemacht, daß allgemeiner verbindlich erklärte Tarifverträge auch für solche Unternehmer gelten, die keiner Arbeitgeberorganisation angehören, und daß der Zweck der Allgemeinverbindlichkeit, Ruhe und Ordnung im Baugewerbe zu schaffen, auch für solche Arbeitgeber gelte, die nach ihrer Angabe mit dieser Verordnung nicht bekannt seien. Die Rechtslage ergibt sich hier aus dem § 2 der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918. Interessant war noch, daß eine beklagte Firma, die Mitglied des Arbeitgeberbundes war, die Verbandszugehörigkeit mehrerer klagen den Arbeiter bestritt und die Vorlage der Verbandsbücher erreichte. Für einige Kollegen, die erst später dem Verband beigetreten waren, mußte der Lohnanspruch entsprechend ermäßigt werden, und kam es da geradezu drastisch zum Ausdruck, daß Beitragsiparen das unrentierlichste Geschäft sein kann. Eine Anzahl erst kurz organisierter Kollegen erhielten ganz nennenswerte Nachzahlungen, die der Höhe von 1-2 Jahresbeiträgen entsprachen. Insgesamt wurden für 56 Kollegen in circa sechs Verhandlungen rund 2400 M. rückständiger Tarif-

wird behauptet, daß sich Ford widerspreche, und daß jene Art, zu arbeiten, nicht für deutsche Verhältnisse passe. Soll damit Ford abgetan werden? Soll damit gesagt sein, jetzt und hört nicht auf ihn? Soll das heißen, dieser Amerikaner kann nie und nimmer Vorbild sein, rückt ab von ihm, beachtet nicht, was er redet und schreibt? Wir handelten sehr, sehr kurzfristig, wenn wir Fords Schriften für überspannte und reklamesüchtige Zeugnisse erklärten. In diesem Zusammenhang mag darauf erwidert sein: Klart lieber die Widersprüche auf, sagt, was für uns nicht paßt (aber nicht so leicht hin, sondern mit zureichender Begründung), spricht aber auch von den Dingen, die des Durchdenkens, des Nachhaken wert sind. Wer nicht parteiisch und persönlich denkt, wird vieles bei Ford finden, das für den einzelnen und die Gesamtheit nützlich werden kann. Er regt sehr zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt und zur Wohlstandsbildung an. Ueber das Sparen schreibt er: Das Heilmittel gegen Armut liegt nicht in kleinem Sparen, sondern in einem besseren Produktionsverfahren. Der Sparjamkeit- und Wirtschaftsgedanke ist Wertelieben worden. Das Wort Sparjamkeit ist ein Ausdruck der Furcht. — Von diesem kleintlichen Sparen müssen wir weg und zu ergiebiger Güterherstellung mühen wir hin. Damit wird mehr Volkswohlstand geschaffen als mit dem kleintlichen Sparen.

So empfehlenswert auch im einzelnen persönlichen Fall für eine gewisse Zeit das Sparen sein kann, so gilt doch für die Volkswirtschaft und die Volkswirtschaften im allgemeinen: Sparjamkeit ist die Lieblingsregel aller halblebendigen Reichen. Zwecklos ist Sparjamkeit besser als Verschwendung, aber ebenso sieher ist sie weniger wert als der „nubringende Verbrauch“. Nubringender Verbrauch eben ist Wirtschaftlichkeit. Zusammengefaßt: Ergiebigerer Arten der Güterherstellung und richtiger Verbrauch müssen die Ziele sein. Richtiger Verbrauch spendet neues Leben und er fördert die gesamte Wirtschaft.

### Um 21. März 1925 ist der zwölfte Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

Lohn herausgeholt. Den Kollegen ist augenfällig bewiesen, wie nützlich auch in solchen Fällen die Verbandszugehörigkeit auswirkt. Wir werden vielleicht schon in nächster Zeit Gelegenheit haben, einem Versuch, die auf ihr Recht Anspruch erhebenden Kollegen von der Arbeitsgelegenheit auszuschließen, entgegenzutreten. U. Gahmeier, München.

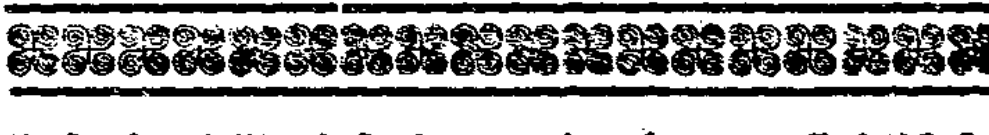
### Allgemeine Rundschau

#### Lohn, Preise und Kartelle

Es ist eine nüchterne Tatsache, daß Lohnhöhungen allein nicht den Lebensstand des Arbeitnehmers zu verbessern vermögen, wenn nicht gleichzeitig die Kaufkraft des Lohnes sich erhöht. Somit ist jede Steigerung des Lohnes, die mit einer Steigerung der notwendigen Bedarfsartikel verbunden ist, wertlos. Immer wieder spricht man von einem Wettrennen zwischen Lohn und Preis und überzieht dabei geflissentlich, daß ganz andere Faktoren als die Löhne das Steigen der Preise bewirken und daß, wie gerade die Inflationszeit zur Evidenz bewiesen hat, die Löhne weit hinter den Preisen nachhinken. Umgekehrt wird also ein Schuß daraus: Nicht die Löhne bewirken das Anziehen der Preise, sondern die Preissteigerungen machen die Erhöhung der Löhne zu einer unbedingten Notwendigkeit, wenn nicht die Arbeitskraft zum völligen Erliegen kommen soll. Sicherlich ist eine Wechselwirkung von Lohn und Preis vorhanden, aber in einem anderen Sinne, als man gemeinhin darzustellen versucht, wozu noch der



Sast du dich schon deinem Vorstande zur Frühjahrsagitation (Hausagitation) zur Verfügung gestellt? Nein! Du hältst zurück und meinst, die anderen sollen es machen? Ja, wenn die nun auch so denken? Jede Arbeit ist leicht getan, wenn alle mitarbeiten. Es ist deine Pflicht und liegt in deinem Interesse, mitzutun in der Agitation. Hinweg mit aller Drückbergerei!



Umstand tritt, daß sogenannte eherne volkswirtschaftliche Gesetze infolge nahezu reibloser Verknüpfung und Kartellierung glatt über den Haufen geworfen sind. Es hört sich zwar schön an, vermag aber nicht zu überzeugen, wenn in Nr. 4 der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ in einem Aufsatz: „Lohn oder Kaufkraft-erhöhung“ folgende Theorie aufgestellt wird: „Der gesamte Lohn eines Landes kann nie mehr als die gesamte Erzeugung kaufen, erhöhen sich somit die Löhne, so fällt der Wert des Geldes im gleichen Verhältnis.“ Abgesehen davon, daß wir keine in sich abgeschlossene Volkswirtschaft, sondern Weltwirtschaft haben, geht das Problem um die gerechte Verteilung des Lohnes (den Unternehmern Gewinn mit einbezogen). Zwar wissen wir, daß wir ärmer geworden sind und uns nach der Decke strecken müssen. Aber alle miteinander sollen wir das. Es geht wirklich nicht an, daß der „Lohn“ derer, die an der Quelle sitzen und ihr Schicksal zu meistern vermögen, noch die vorkriegszeitliche Kaufkraft übersteigt, während die Masse der Arbeitnehmer darbt. Dagegen anzukämpfen ist staatszerstörerisch und volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Der Verfasser selbst wirft den Syndikaten und Kartellen vor, daß bei ihnen vielfach die Preisbeeinflussung im ungünstigen Sinne treibendes Moment gewesen sei. Nur so seien die Preisunterschiede von 100 Prozent und mehr zwischen Erzeuger und Verbraucher erklärlich. Und er hat recht darin, daß Preislenkung durch Maßnahmen zur Herstellung des freien Wettbewerbs die Kaufkraft vermehre und dadurch eine wirkliche Lohnhöhung eintrete. Interessant ist nur, wie in der gleichen Zeitung im folgenden Artikel: „Warenerzeugung und Handel“ ein Händler die Taktik der Syndikate und Kartelle aus Gründen der Rentabilität der Gewerbezweige zu rechtfertigen sucht. Es ist ein ungesunder Zustand, daß wir zu viele Händler haben, und die Sicherung ihrer Existenz auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen in eine gemeinschädliche Ungehörlichkeit. Auch die gewiß sehr hohen Steuern sind kein Grund zu Verdienstsparnen, die schon phantastisch genannt werden müssen. Arbeitgeber und Händler schieben die Schuld von sich wechselseitig ab. Beide aber sind sich einig in dem Augenblick, wo sie die Arbeitnehmer belehren, „daß das gegenwärtige Preisverhältnis zwischen Lohn und Preis der Ausdruck für die Verarmung Deutschlands sei, eine Tatsache, die auch nicht durch Lohnhöhungen aus der Welt geschafft werden könne.“ Die Ausrede ist ebenso bequem wie gut; nur schade, daß sich darunter trauer Eigenruß verbirgt.

#### Ein Veteran der christlichen Gewerkschaftsbewegung

beging in diesen Tagen seinen 70. Geburtstag. Es ist das Hauptvorstandsmitglied des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, Karl Kühme. Er gehörte zu den Begründern des Verbandes christlich-beruflicher Bergarbeiter, der im Jahre 1877 entstand und im

harten Kampf mit den Bergwerksbesitzern einige Jahre später wieder einging. Wie man damals kämpfte, zeigte ein Anschlag auf der Zeche, wo Kühme beschäftigt war: „Die Sozialdemokraten Karl Kühme (es folgten noch sechs Namen) sind mit dem heutigen Tage entlassen.“ Kühme war nie Sozialdemokrat, sondern ein gläubiger evangelischer Arbeiter mit untadeliger nationaler Gesinnung. Nach seiner Maßregelung fiel es ihm außerordentlich schwer, wieder in Arbeit zu kommen, denn niemand wollte den als Sozialdemokraten und Antriebler Beschädigten in seinem Betriebe haben. Kühme war einer der ersten, die sich Brust anstößten, als er zur Gründung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter aufrief. In diesem beruht er seit 1901 und auch heute noch den Posten des zweiten Vorsitzenden. Die christlichen Bauarbeiter wissen die Verdienste des Siebzigjährigen um unsere Bewegung wohl zu würdigen und wünschen ihm einen recht langen und freundlichen Lebensabend.

#### Ein erledigter Schwindel

Nachdem unsere eindeutigen Erklärungen keinen anderen Ausweg mehr zuließen, gibt jetzt endlich der „Bauarbeiter“, das Organ des kommunistischen Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter, zu, daß seine Behauptung von der Anwesenheit eines Vertreters unseres Verbandes auf dem letzten Bundestag des Baugewerksbundes Schwindel gewesen ist. Natürlich hat das biedere Blatt nicht bemerkt geschwindelt, es ist nur einem „Frumtum“ zum Opfer gefallen. In seiner Nr. 5 berichtet es:

„Unser Berichterstatter vom Bundestag des Baugewerksbundes teilt uns mit, daß er, nachdem er das Protokoll des Bundestages zu Gesicht bekommen hat, feststellen muß, daß der Redner, den er für einen Christen gehalten hat, nach den Angaben des Protokolls ein Vertreter des U.G.D.B. gewesen ist.“

Das ist ein Bekenntnis zu den Tatsachen, noch nicht zur Wahrheit. Daß der Berichterstatter des „Bauarbeiter“ den Vertreter des (sozialistischen) Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit einem Vertreter unseres Verbandes verwechselt haben will, und zwar ausgerechnet infolge einer Rede, das mag dem jauberen Blatt glauben wer will — wir nicht.

#### Zur gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeit

Das Reichsarbeitsministerium, das mit den Bauarbeiten für eine gesetzliche Neuregelung der Arbeitszeit beschäftigt ist, beabsichtigt, die maßgebenden Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der wichtigsten Industriezweige schon zu der Vorbereitung der Entwürfe für die künftige Arbeitszeitregelung heranzuziehen. Zunächst wird ein paritätischer Ausschuss aus je sechs Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch in März über die Arbeitszeitregelung in der Grobbaugewerbeindustrie beraten.

### Tarifbewegung

#### Bezirk Münster

**Tarifgebiet Unterweser-Emsgebiet.** Am 18. Februar fanden im Gewerbehaus in Bremen Verhandlungen statt. Sie schloßten daran, daß die Unternehmer auch wieder eine Lohnvereinbarung für das Tiefbaugewerbe verlangten, die Bauarbeiterverbände jedoch geschlossen erwiderten, daß sie für den Tiefbau nur für solche Orte und für solche Unternehmer sich auf eine Lohnvereinbarung einließen, wo die Tiefbauarbeiter geschlossen organisiert seien. Einen Lohn für all die Gebiete und Orte zu vereinbaren, wo wenig oder gar keine Tiefbauarbeiter organisiert seien, läge für uns nicht der geringste Grund vor.

Die Unternehmer riefen dann den Schlichtungsausschuss an und es kam eine Vereinbarung zustande, daß unter Leitung des Herrn Dr. Schmiede am 26. Februar erneut verhandelt und, wenn kein Ergebnis erzielt würde, ein freies Schiedsgericht entscheiden solle. Die Unternehmer forderten wiederum Lohnvereinbarungen a-h für das Tiefbaugewerbe. Die Vertreter der Bauarbeiterverbände ließen sich hierauf jedoch nicht ein, sondern betonten, daß sie am Tiefbau alles schiedeln lassen würden, da sie grundsätzlich nur für solche Orte und Firmen des Tiefbaugewerbes Lohnvereinbarungen treffen würden, wo die Tiefbauarbeiter gut organisiert seien.

Das Verhandlungsergebnis war ein Schiedsspruch für das Hochbaugewerbe, der eine Lohnhöhung für Gezellen und Bauhilfsarbeiter von 11 Pf. die Stunde vorzieht, und zwar 7 Pf. ab 25. Nov. 26. Februar und 4 Pf. ab 1. Mai mit Gültigkeit bis zum Ablauf der Lohnwoche, in die der 31. Mai fällt. Bis 2. März mußten die Parteien ihre Annahme oder Ablehnung erklären haben.

Beide Parteien haben dem Schiedsspruch zugestimmt. Von uns wurde jedoch verlangt, daß die letzte Lohnhöhung nicht ab 1. Mai, sondern ab 15. März eintreten soll und hierüber die Unternehmer nochmals verhandeln sollten.

Die Unternehmer haben wegen dieses Antrags den staatlichen Schlichter Dr. Böller angerufen und fanden Verhandlungen unter dessen Leitung am 13. März in Bremen statt.

Die Tiefbauunternehmer, die wegen der in diesem Gewerbe vorhandenen unorganisierten Arbeiter stets die Lohnverhandlungen erschweren und die Lohnhöhungen herabdrücken, stehen heute wie die betäubten Scherker da und haben keine Kalkulationsunterlagen bei Festsetzung von Arbeiten, und die unorganisierten Tiefbauarbeiter, die stets auf die Arbeiterverbände im Unternehmerinteresse schimpfen, bekommen keine Lohn-erhöhung. Sie sind lange genug gewarnt worden.

Der Lohn beträgt nach dem Schiedspruch:

Lohnklasse	I Bremen 96 Pf. ab 1. 5. 1. M. 86 Pf. ab 1. 5. 90 Pf.	Kocharbeiter	Hausbauarbeiter
		II 90 " 94 Pf. 82 " 86 "	
		III 83 " 87 " 77 " 81 "	
		IV 76 " 80 " 69 " 73 "	

Diese Vorgänge sollten allerorten die größte Beachtung unserer Mitglieder finden, zeigen sie doch klar und deutlich, daß die Bauarbeiterverbände nicht mehr gewillt sind, für Orte, die schlecht organisiert sind, ganz gleich, ob im Tiefbau oder Hochbaugewerbe, noch Löhne zu vereinbaren, damit die unorganisierte Gesellschaft sie mühelos in die Tasche steckt. B. M.

### Aus dem Verbandsleben

#### August Ellerbrock †

Herford i. W. Wieder schließt sich das Grab über einem unserer treuesten Kollegen. Am Donnerstag, den 5. März, abends 8 Uhr, starb plötzlich und unerwartet der Mitgründer und langjährige Kassierer unserer Verwaltungsstelle Herford, Kollege August Ellerbrock. Von der Gründung im Jahre 1905 bis zum Jahre 1924 versah er das Amt des Kassierers. Unermüdet war er für den Verband tätig, nicht nur am Orte, sondern soweit es seine Zeit ihm gestattete, auch in der Umgebung.

Im vergangenen Jahre zwang ihn ein Augen- und Ohrenleiden, sein Amt als Kassierer niederzulegen. Gleichwohl hofften wir, ihn noch lange in unseren Reihen zu behalten. Nun hat ihn der unerbittliche Tod aus unserer Mitte gerissen. Nur wer mit ihm zusammen gearbeitet hat, kann ermessen, welchen großen Verlust wir erlitten haben.

August Ellerbrocks Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden. Die Jugend aber möge ihn als Vorbild erwählen.

Er ruhe in Frieden!

Diesem Nachruf schließt sich der Verbandsvorstand und zumal der Hauptkassierer aus ganzem Herzen an. Oft ist in der letzten Zeit der Ruf erhoben worden: „Zurück zum Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit.“ August Ellerbrock war einer der edelsten Repräsentanten dieses alten Gewerkschaftsgeistes. Vorbildlich seine Kasseeinführung! Unermüdet sein Bestreben für den Verband! Dabei selbstlos und bescheiden bis zum äußersten. Im ganzen eine echte und rechte Führernatur. Seine Kollegen haben das anerkannt. In ihrem Dank und ihrer Trauer nimmt die Verbandsleitung an ihm teil. Möge der Herr ihm ein reiches Vergeltet gewesen sein!

#### Karneval!

Oberhausen (Mhb.). Ein Grüpplein Isolierter beider gewerkschaftlicher Richtungen hat in der Karnevalszeit den alten bewährten Bauarbeiterverbänden den Rücken gekehrt und eine „Isolierter-Vereinigung“ mit folgender Satzung gegründet:

1. Name: Isolierter-Vereinigung Oberhausen und Umgebung.
  2. Zweck: Die Vereinigung hat den Zweck, das Kameradschaftsgefühl zu heben und bei Kollegen der Mitglieder durch Unterstützungen das Solidaritätsgefühl zu fördern.
  3. Die Vereinigung beruht auf vollständiger politischer und konfessioneller Neutralität.
  4. Die Vereinigung wählt einmal im Jahre, und zwar im Januar, in einer ordentlichen Generalfammlung aus ihrer Mitte den Vorstand: a) einen Vorsitzenden, b) einen Schriftführer, c) einen Kassierer, d) zwei Kassendrücker und die Stellvertreter. Die Vorstandsarbeiten werden vollständig ehrenamtlich geführt.
  5. Der Vorstand vertritt die Vereinigung innerlich und außerhalb ihres Bereiches.
  6. Die Generalversammlung beschließt die Gebühren der Aufnahme sowie die wöchentlichen Beiträge.
  7. Die Wochenbeiträge und die Aufnahmegebühren werden nach der jeweiligen Kassierung der Zahl überwiesen.
  8. Die auf Zinsen angelegten Gelder werden zur Vinderung etwa eintretender Kollegen der Mitglieder verwendet.
  9. Zur Kontrolle des Kassenschatzes haben die zwei Kassendrücker die Pflicht, jedes Vierteljahr die Kasse zu prüfen und in der Mitgliederversammlung Bericht zu erstatten.
  10. Jedes Mitglied hat die Pflicht, streng die Satzungen zu befolgen.
  11. Bei Kollegen eines jeden Mitgliedes ist daselbe von der Beitragsleistung befreit.
  12. Bei einem Ausfall der Beiträge von vier Wochen werden dem Mitglied die Rechte der Vereinigung entzogen. Um die Mitgliedschaft zu erhalten, ist es bei auswärts arbeitenden Mitgliedern erforderlich, wenn sie die Beiträge nicht rechtzeitig leisten können, die Vereinigung zu bewahren.
  13. Unterstützungen bei Krankheiten, Sterbefällen oder kassigen Kollegen.
  14. Bei Austritt eines Mitgliedes erlöschen sämtliche Ansprüche an die Vereinigung.
  15. Im Falle einer Auflösung der Vereinigung werden die Gelder, wenn die Vereinigung auf drei Mitglieder zusammengeschrumpft ist, in Einvernehmen den Teilnehmer beider Konventionen übertragen.
- Indes als einen Kernvorsitzenden kann man diese Ordnung nicht bezeichnen. Wahrscheinlich bilden sich die Arbeiter auch noch ein, sie hätten eine neue Gewerkschaft gegründet. Es ist aber, wie die Satzung eindeutig ergibt, nur ein Unterstützungsverein nach gelbem Muster geworden. Irgendeine Bedeutung ist diesem Häuflein organisierter Unorganisierter nicht beizumessen.

### Wie der freie Dachdeckerverband Agitation treibt

Güterlohn. Wie es unsere gewerkschaftliche Pflicht ist, sind wir eifrig bemüht, den letzten unorganisierten Dachdecker für den Verband zu gewinnen. Hier ist noch eine Werkstatt, wo kein einziger Kollege organisiert ist. Dem sozialistischen Verband wollten sie unter keinen Umständen beitreten. Jetzt haben wir uns um diese Kollegen beworben. Da aber regte sich bei den sozialistischen Verbänden der Meid. Wenn schon sie die Unorganisierten nicht bekommen, sollen wir sie auch nicht haben. Man höre, mit welchen Mitteln sie arbeiteten. Den unorganisierten Kollegen wurde erklärt, wenn ihr dem christlichen Verband beitrete, bekommt ihr nicht den Tariflohn. Wie armelig muß es um das geistige Rüstzeug dieser „Gewerkschaftler“ bestellt sein, daß sie mit solchen Schabigkeitsarbeiten! Bekanntlich sind die „freien“ Gewerkschaften in der Theorie gewaltig für den Achtstundentag. In Praxis der hiesigen sozialistischen Dachdecker sieht aber ganz anders aus. Denn gerade sie sind es, die hier neun und zehn Stunden arbeiten. Unsere Kollegen wollten auf einer Arbeitsstelle den Achtstundentag innehalten und stellen die Arbeit ein, als das nicht gelang. Die „freien“ Dachdecker aber arbeiteten ruhig ihre zehn Stunden weiter. Nein, diese Art Gewerkschaftler imponiert uns noch lange nicht, und wenn sie sich in Worten noch so radikal gebärden. Unsere Kollegen fordern wir auf, den gekennzeichneten Agitationsproleten des roten Verbandes überall energig entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß der letzte unorganisierte Dachdecker unserem Verbande zugeführt wird.

Krefeld. Am 8. Februar fand unsere diesjährige Verwaltungsstellentagung statt, welche gut besucht war. Kollege Leuninger erstattete den Geschäfts- und Kassensbericht. Es war erfreulicherweise eine gesunde Aufwärtsentwicklung in der Mitgliederbewegung, sowie eine bessere Mitarbeit in den einzelnen Ortsgruppen festzustellen. Der Höhepunkt der Gewerkschaftskrankheit ist auch hier, Gott sei Dank, überschritten. Kollege Leuninger dankte allen Kollegen, welche in Zeiten der Not treu zur Organisation gestanden haben und erbat ihre Mitarbeit auch für die Zukunft. Um die Kassafrage zu stärken, welche nicht gerade günstig steht, wurde ein Antrag der Ortsgruppe Bodum auf Zahlung eines Extrabeitrages von wöchentlich 5 Pf. angenommen. Unser Bezirksleiter Kollege Häuschen sprach sodann über die Entwicklung und Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften seit der Gründung. Aus seinen Darlegungen ging hervor, daß die christlichen Gewerkschaften in der Zeit ihres Bestehens bewiesen haben, daß sie die Interessen ihrer Mitglieder auf das Beste vertreten. Leider seien die Gewerkschaften während der Inflation zu Lohnbewegungsmaschinen geworden. Notwendiger denn je sei augenblicklich, wo Verfallener Vertrag, Lawes-Gutachten u. a. auf der deutschen Wirtschaft lasten, der Zusammenschluß in den christlichen Gewerkschaften. Sein Appell am Schluß seiner Ausführungen, galt vor allem den jungen Kollegen. Unter „Verschiedenes“ sprach unter anderem der Geschäftsführer der Baugewerkschaft, Kollege Bertram, über die Bauproduktionsgesellschaften und ihre Tätigkeit. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Eine nach der Konferenz stattgefundene Familienfeier hielt die Teilnehmer noch einige gemütliche Stunden zusammen.

### Bau-Rundschau

#### Zum Kampf um die Wohnungswirtschaft

Seit langem ist der organisierte Kampf aller Interessenten um Anhebung der Wohnungswirtschaft zu einem konzentrischen Aggregat geworden. Man verschweigt die eigentlichen inhaltlichen Zweckgründe und schiebt angebliche volkswirtschaftliche Notwendigkeiten in den Vordergrund, wobei die Deutlichkeit durch starke Uebertreibungen tatsächlich vorhandener Schattenseiten der Zwangswirtschaft geblüht gemacht werden soll. Per Monate- und jahrelang um eine Wohnung anzusehen mußte in verzweiflungsvollem Anwarten, der ist allzu leicht genügt, den klaren Weltblick zu verlieren und die Zwangswirtschaft für Uebelstände verantwortlich zu machen, deren Vermeidung sie anstrebt. Und wenn auf der letzten Tagung des preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzer Direktor Diefle sagte, es sei niemals dem anständigen Mieter schwerer und dem Schieber leichter geworden, eine Wohnung zu erhalten als in der Zeit der Zwangswirtschaft, so scheinen ihm manche betrüblichen Erscheinungen recht zu geben. Aber die Vermeidung der großen Wohnungen von den Zwangsbestimmungen z. B. schon mit erschreckender Klarheit, daß ein völlig freier Wohnungsmarkt die Zustände noch unerträglicher macht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß für ihn die Zwangswirtschaft kein Dauerzustand sein kann, sondern eine im Augenblick nicht zu umgehende Notmaßnahme, die sobald als möglich zu beseitigen hat.

Noch selten in Deutschland über 1 1/2 Millionen Wohnungen. Rechnet man für die Erbauung jeder Wohnung gering geschätzt 10000 Mark, so ist für die Beseitigung aller Wohnungsnot 10 bis 11 Milliarden Mark Kapital erforderlich. Selbst bei intensiver Bau-tätigkeit würden mehrere Jahre bis zur Beseitigung vergehen. Infolge Ueberforderung der Baumaterialien und des anomalen Zinsfußes erzeugen die Miet-

in den neuen Häusern den fünffachen Preisbetrag. Es fehlt also die Voraussetzung zur völligen Freigabe des Wohnungsmarktes. Denn in dem Augenblick würden alle Mieter die Tendenz haben, sich den Höchstpreisen der neuen Häuser anzuschließen. In welcher Lage dann der „kleine Mann“ veretzt würde, mag man gar nicht auszubedenken. Solange also Angebot und Nachfrage sich nicht die Wage halten, muß aus moralischen und nationalen Gründen der bisherige Zustand beibehalten werden, dessen Härten und Ecken allerdings abzuräumen sind, und für dessen saubere und korrekte Handhabung alle Maßnahmen zu treffen sind. Charakteristisch ist, daß laut dem angeführten Tagung Dr. Frank nicht die un-natürliche Zinshöhe des Hypothekenzinses beanstandet, sondern verlangt, daß die Mieter so hoch bemessen sein müßten, daß aus ihnen die Zinsen und die Tilgung für die ausgewerteten Hypotheken bestritten werden könnten. Denn abgesehen davon, daß eine einheitliche Mietfestsetzung unter diesem Gesichtspunkte eine organisatorische Unmöglichkeit darstellt, bezweckt die Forderung, so be-der Zwangswirtschaft auf nicht geradem Wege. Noch deutlicher offenbart sich die privatkapitalistische Zweck-tendenz darin, daß Dr. Diefle sich gegen die „ungefähr-lichen (!) und unzumutbaren Siedlungsperimeter“ wendet und damit der großstädtischen Mietsfrage das Wort redet. Für uns muß der Siedlungsbau der ge-gebene Typ bleiben.

Wir haben nichts dagegen, wenn der Haus- und Grundbesitz seine Rechte zu wahren sucht, nur muß er sich bevölkerungspolitischen Zwangsläufigkeiten unter-ordnen.

### Bücherchau

Rede- und Stilkunst Von Dr. Karl Eugmayer. 3. Auflage 164 Seiten, Oktav, gebunden 2,50 R.-M., geheftet 1,80 R.-M. und Jugendung. Verlag der Typographischen Anstalt, Wien 1. Ebnendorfer Straße 8.

Lieber Rede- und Stilkunst hat das deutsche Schrifttum nur wenige gute, volkstümliche Bücher. Eines der besten ist zweifellos Eugmayers „Rede- und Stilkunst“. Es hat sich in kurzer Zeit in allen Ländern deutscher Zunge eingebürgert. Nicht bloß Lehrer und Schüler benötigen es als Lehr- und Lernbuch, auch Beamte, Schrift-leiter, Kaufleute und Handwerker. Und wer könnte es im heutigen Berufsleben nicht brauchen? Sich beim Sprechen klar und deutlich ausdrücken, seine Gedanken verständlich zu Papier bringen können, muß eben gelernt werden. Daß Eugmayers Buch in die erste Reihe der Fachliteratur gestellt werden kann, beweist das Urteil der vornehmsten Körperschaft für deutsche Sprachkunde, des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins in Berlin. Er schreibt: „Eugmayers Rede- und Stilkunst“ ist für das öffentliche Leben in Staat, Gemeinde, Vereinen Aus diesem Leben nimmt er auch alle seine schlagenden Beweise, zieht er seine eindringlichen und höchst brauchbaren Lehren. So kann aus dem ersten Teil „Redekunst“ nicht nur der Anfänger viel lernen über Anfang und Schluß der Rede, über Haltung, über Bildergebrauch, Spannung, Einwände und Zurufe — um wenigstens die hauptsächlichsten Unterabschnitte zu nennen — sondern auch der Geübte wird manchen höchst nützlichen Fingerzeig erhalten. Der zweite Teil, die „Stilkunst“, treibt planmäßige Sprachpflege, und zwar nicht nur nach dem Vorbilde des Sprachvereins, indem wir in unsern Sätzen zur Schärfung des Sprachgefühls fehlerhafte Vor-lagen und verbesserten Wortlaut nebeneinanderstellen und dann Punkt für Punkt aufklärend besprechen, sondern auch ganz in seinem Geiste der Sprachschönheit, Schlichtheit, Natürlichkeit. Das Buch ist aber nicht nur lehrreich, es ist auch in hohem Grade unter-haltlich zu lesen, weil die Darstellung in allen Teilen voll sprühenden Lebens ist. — Möge das nutzbringende Buch immer neue Freunde finden und ebenso rasch wieder vergriffen sein, wie seine früheren Auflagen.

### Bekanntmachung

#### Verwaltungsstelle Aachen

Den Kollegen zur Kenntnis, daß ab 19. März unser Büro von der Poststraße 56 nach der Annastraße 11 verlegt ist. Alle Sendungen sind von jetzt ab nach der Annastraße 11 zu liefern.

J. A. A. Himmerich.

### Sterbetafel

Am 5 März starb infolge Lungen- und Rippen-fellentzündung unser treues Mitglied Ernst Pöger. Ortsgruppe Luchtringen.

Ehre ihrem Andenken!

### Baugewerkschaft e. G. m. b. H.,

Münster i. W., Bült 29

Eröffnungsbilanz 1. Januar 1924

	An Aktiva	
An Kasse	25,04	„
„ Inventar	1341,72	„
„ Bau Forderungen	12,—	„
„ Div Forderungen	134,40	„
„ Material	53,31	„
	1566,47	„

	Per Passiva	
Per Anteilhaber	1524,69	„
„ Spenden	41,78	„
	1566,47	„

Am 1. Januar 1924 waren vorhanden 116 Mitglieder mit 116 Anteilen.

#### Der Vorstand:

gez. Büling, Kiegas.

#### Der Aufsichtsrat:

gez. Hubert Brinard, Robert Andrieh, Jos Michaelis, Leopold Klippemeier, Josef.